

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 1 (1979)
Heft: 3

Rubrik: Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NACHRICHTEN

Strahlenrisiko

Anfang Mai veröffentlichte die amerikanische Akademie der Wissenschaften den zweiten „Bericht über biologische Effekte ionisierender Strahlung“ (BEIR). Die zentrale Aussage ist die Bestätigung des ersten Berichts von 1972, daß der Einfluß auf die Gesundheit direkt proportional zur Strahlenbelastung ist, d.h. es gibt keine für die Gesundheit ungefährliche Reststrahlung.

Fünf Mitglieder der 22-köpfigen Kommission sehen in ihrem Minderheitsvotum die Gefahren der Reststrahlung überbewertet, während eine Reihe von nicht vertretenen Wissenschaftlern immerhin auch noch eine Unterschätzung des Risikos bei Annahme eines nur linearen Zusammenhangs von Strahlenbelastung und Schädigung annimmt. Der BEIR-Bericht selbst berechnet für eine Bevölkerung von einer Million bei einer Strahlenbelastung von einem rem pro Jahr (das zehnfache der natürlichen Belastung) 18.000 bis 68.000 zusätzliche Krebsfälle, wobei Frauen etwa zweimal so stark gefährdet sind wie Männer. Am häufigsten wird Brust- und Schilddrüsenkrebs (vor allem bei Frauen) sowie Lungenkrebs und Krebs im Verdauungstrakt auftreten. Leukämie wird seltener auftreten, dafür aber wegen der hohen Letalität, der geringeren Latenzzeit und schwereren Erkennbarkeit im Frühstadium die tatsächliche Hauptgefahr darstellen. Die genetischen Schäden werden nach dem Bericht den somatischen von der Bedeutung her nachgeordnet sein. Vorschläge zur Festsetzung von neuen Grenzwerten werden in dem Report nicht gemacht, doch sieht es Dr. Radford, der Vorsitzende der Gruppe, als gerechtfertigt an, die derzeitigen US-Grenzwerte von 5 rem/Jahr um den Faktor 10 (!) auf 0.5 rem/Jahr zu reduzieren.

(NEW SCIENTIST)

Britische Gewerkschaften gegen Krebs

In diesem Sommer wurden von zwei britischen Gewerkschaften, der GMWU und der ASTMS, Seminare über die Gefahren der Krebsbildung durch Kanzerogene am Arbeitsplatz abgehalten. Jahr für Jahr steigt die Zahl der Krebsopfer um 2 %, und etwa 40 % dieser Todesfälle lassen sich auf Chemikalieneinwirkungen während der Berufsausübung zurückführen. Die beiden britischen Gewerkschaften wollen sich intensiver dieser Gefährdung der Arbeitnehmer annehmen, die ASTMS hat sogar beschlossen, eine wissenschaftliche Stelle für dieses Problem zu schaffen. Daß es dringend nötig ist, eine unabhängige wissenschaftliche Arbeit auf diesem

Gebiet zu leisten, zeigt auch das Problem der GMWU, angesehene Referenten für die drei Seminare zu finden. Kein britischer Wissenschaftler von Rang und Namen war bereit vorzutragen; die GMWU mußte Bruce Ames aus Kalifornien und Sam Epstein aus Illinois einladen.

(NEW SCIENTIST)

Biologische Waffen

Seit 1975 verbietet die Konvention über Biologische Waffen die Entwicklung, Produktion, Lagerung und Anwendung von mikrobiologischen oder anderen biologischen Agenzien oder Giften. 80 Länder haben die Konvention bisher ratifiziert, unter den 40 weiteren Unterzeichnern, die bisher den Vertrag nicht ratifiziert haben, befindet sich auch die BRD! Im Juli des Jahres traf sich in Genf die Vorbereitungsguppe für die 1980 stattfindende Konferenz zur Überprüfung der Konvention. Nach Frank Barnaby vom Stockholmer SIPRI befürwortet eine große Anzahl von Experten, daß die moderne Gentechnologie dazu verwendet werden wird, effektive bakteriologische Waffen zu produzieren.

(NEW SCIENTIST)

Sehpaß für die Arbeit an Datensichtgeräten

Nach Angaben der *Münchener Medizinischen Wochenschrift* sind zehn Prozent aller westdeutschen Arbeitnehmer durch angeborene oder erworbene Sehfehler nicht in der Lage, mit Bildschirmgeräten zu arbeiten. Weitere zehn Prozent haben zu empfindliche Augen, was zu Bindegewebsreizzungen und höherer Blendungsempfindlichkeit führen kann. Aber auch die restlichen achtzig Prozent sind nicht immer über das saubere Terminal an ihrem Arbeitsplatz glücklich. In den Betrieben und Büros wird über Kopfschmerzen, Herzstörungen, schlechten Schlaf und psychische Ausfallschäden geklagt, was von Ärzten mit der hohen Beanspruchung der Konzentrationsfähigkeit am Sichtgerät in Zusammenhang gebracht wird. Augenärzte und Arbeitswissenschaftler betonen daher die Notwendigkeit, regelmäßig bei Arbeitnehmern, die mit Datensichtgeräten arbeiten, die Augen zu überprüfen. Im April 1978 wurde eine solche jährliche Überprüfung von der IG Druck und Papier tarifvertraglich verankert. Im April 1979 stellte nun die IG Drupa einen „Sehpaß“ vor, in dem diese augenärztlichen Untersuchungsergebnisse spezifiziert eingetragen werden können. Damit kann zum einen eine individuelle Gefährdung durch Bildschirmarbeit früher erkannt werden,

zum anderen wird auch statistisches Material für eine wissenschaftliche Analyse der physiologischen Auswirkungen der Bildschirmarbeit zugänglich.

Um die Gefahr einer „Sortiermedizin“, d.h. die Entlassung derjenigen, die sich durch die Untersuchung als „ungeeignet“ erweisen, zu verhindern, sollen die Ergebnisse nicht an Dritte, insbesondere den Arbeitgeber, weitergegeben werden, sondern durch jährliche Betriebsbegehung zur Verbesserung der Bildschirmarbeitsplätze genutzt werden. Wieweit dieses Ziel umgesetzt werden kann, wenn Arbeitnehmer aus Angst vor Entlassung und Betriebsärzte aus Angst vor Repressalien teilweise schon den Gang zum Augenarzt scheuen, muß abgewartet werden.

(WW)



Ärzte gegen Atomenergie

420 Hamburger Ärzte haben im Juli in einem offenen Brief an den Bürgermeister und den Senat ihre Bedenken gegen die Nutzung von Atomenergie zum Ausdruck gebracht. Sie betonen die Gefahr einer atomaren Katastrophe ebenso wie die Gefährdung durch die permanente Emission radioaktiver Substanzen im Normalbetrieb eines Kernkraftwerks.

(WW)

Pille und Krebs

Gossypol ist eine Substanz, die in einer Dosis von 20 mg täglich die Produktion menschlicher Spermien drastisch senkt. In der VR China wird Gossypol zur Zeit möglicherweise dem ersten klinischen Testprogramm als Kontrazeptiv für Männer unterzogen. In Kalifornien haben kürzlich US-Wissenschaftler mit dem Ames-Test die wahrscheinliche Nicht-Kanzerogenität der Substanz nachgewiesen.

(NEW SCIENTIST)

WSI:

„Humanisierungsprogramm des BMFT=Rationalisierung im Betrieb“

Seit 1974 finanziert das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) mit rund 322 Millionen Mark etwa 500 Forschungsprojekte unter dem Titel „Humanisierung des Arbeitslebens“. Als Ziele wurden formuliert: „Erarbeitung von Schutzdaten, Richtwerten, Mindestanforderungen an Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten; Entwicklung von menschengerechten Arbeitstechnologien; Erarbeitung von beispielhaften Vorschlägen und Modellen für die Arbeitsorganisation und die Gestaltung von Arbeitsplätzen; Verbreitung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Betriebserfahrungen.“ Jetzt zog das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) Bilanz. Vorteilhaft sei, daß Belastungen durch Lärm, Schwerarbeit und gesundheitsschädliche Umgebungseinflüsse in einzelnen Betrieben verringert worden seien. Nicht zu übersehen seien aber auch die Nachteile des Programms: die meisten Betriebsprojekte, die das BMFT förderte, seien selbst Rationalisierungsmaßnahmen, deren soziale Folgen durch das BMFT nicht beeinflußbar sind; die technischen Neuerungen hätten eher zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Leistungsintensität beigetragen; Veränderungen der Arbeitsinhalte und Qualifizierungsmaßnahmen hätten Lohnkonflikte zur Folge gehabt und die Leistungsintensität gesteigert. Zusammenfassend: „Die weitgehende Unmöglichkeit, durch Forschungsprogramme auf wissenschaftliche Entscheidungen steuernd Einfluß zu nehmen, begrenzt auch die gezielte Ausrichtung des Humanisierungsprogramms an Arbeitnehmerinteressen.“

(WW)

Vom Träger
zum Opfer des Fortschritts

Der Leiter des Referats Techniker und Ingenieure beim Bundesvorstand des DGB, Eberhard Fehrmann, verwies im Sommer dieses Jahres auf Anzeichen, daß Techniker und Ingenieure zunehmend Opfer des technischen Fortschritts würden. Nach den kaufmännischen Büros wären jetzt arbeitsorganisatorische Veränderungen und technologische Rationalisierungen wie computerunterstütztes Konstruieren und Zeichnen in den Büros der Techniker und Ingenieure an der Reihe. Besonders stark betroffen seien Maschinenbau-, Vermessungs- und Bautechniker sowie Ingenieure aus den Bereichen Maschinen- und Fahrzeugbau, Bau und auch Architekten. Die

Arbeitslosenquote einzelner Technikergruppen lag 1976/77 schon weit über dem Durchschnitt.

ÖTV-MAGAZIN

Erfolg im Wissenschaftlerstreik

Der Kampf der beim Staat angestellten britischen Wissenschaftler um eine 25 bis 35%ige Lohnerhöhung, wie sie anderen Staatsangestellten auch zugestanden wurde, ist erfolgreich gewesen. Die 18.000



Wissenschaftler und 50.000 anderen Mitglieder der Gewerkschaft PCS haben mit Dienst nach Vorschrift und selektiven Streiks einen Wochen dauernden Arbeitskampf geführt. In einzelnen Instituten fand zum ersten Mal überhaupt ein Streik statt; Wissenschaftler traten wegen des Streiks der Gewerkschaft bei. In der ersten großen Demonstration von Wissenschaftlern in der Geschichte Englands marschierten am 22.6.1979 2000 Wissenschaftler und Techniker durch London, und 4000 nahmen an einer Protestveranstaltung teil. In Glasgow und Heathrow traten sogar Luftlotsen – von dem Konflikt ansonsten nicht betroffen – in den Solidaritätsstreik.

(NEW SCIENTIST)

Erster Streik
in BRD-Rechenzentrum

Am 9. August wurde im Rechenzentrum der Landesversicherungsanstalt (LVA) Rheinprovinz in Düsseldorf vom Bedienungspersonal des Computers die Arbeit niedergelegt. Die ÖTV hatte zunächst nach Kündigung des Tarifvertrages eine Schichtzulage von 10 Mark und drei Tage Zusatzurlaub für die Beschäftigten gefordert. Dies sollte ein Ausgleich für die Belastungen durch Wechselschichten, einen Lärm von 90 Phon am Arbeitsplatz und für ständige Zugluft durch die Klimaanlage sein. Der Arbeitgeber hatte die Forderungen der ÖTV und auch den Spruch des Schlichters abgelehnt. Daraufhin begann der Ausstand, der schon einen

Monat vorher in einer Urabstimmung über den Tarifvorschlag der ÖTV vorbereitet worden war. Am 14.8. stimmte die LVA dann einem neuen Spruch des Schlichters zu, der die 10 Mark und zwei Freischichten pro Jahr für den Haustarifvertrag vorschlug. Der erste Streik von Bediensteten eines Rechenzentrums in der BRD war siegreich beendet. Die bürgerlichen Kommentatoren haben jedoch die neuen Zeichen erkannt, nachdem „einige wenige Spezialisten eine riesige Organisation zumindest für kurze Zeit blockiert“ haben. Die ZEIT fühlt sich an den Fluglotsenstreik erinnert und fordert „gegen die Versuchung, ihre Macht zu missbrauchen“ für die EDV-Spezialisten „eine neue Arbeitsethik, nur vergleichbar mit dem Eid des Hippokrates der Ärzte“. Nicht zuletzt auch, um sich von Lohnforderungen unabhängiger zu machen, um das variable Kapital zu vermindern, wird in Betrieben und Behörden rationalisiert. Der Preis, den die Unternehmensleitungen dafür zahlen müssen, ist die faktische Abhängigkeit von einer kleinen Gruppe qualifizierter Arbeitnehmer, die an den technischen Schaltstellen sitzen und die Kontrolle des Produktionsablaufs ausüben. Von ihrer Belegschaft zu arbeiten hängt letztlich ab, ob die Bänder der Rechner stillstehen. Sie beherrschen zwar nicht als Technokraten diese Gesellschaft, sind aber auch nicht einfach durch ungeliebte oder angelernte Arbeitnehmer zu ersetzen. Der hippokratische Eid, den die ZEIT fordert, wäre der Ausverkauf der Macht der EDV-Spezialisten an diejenigen, deren einzige Ethik Profit heißt. Die ÖTV und die Beschäftigten der LVA haben gezeigt, daß es auch anders geht.

(WW)

Streik gegen Fotosatz

Im Juni legten die Redakteure der STUTTGARTER NACHRICHTEN aus Protest gegen das computergesteuerte Fotosatzsystem im Pressehaus die Arbeit nieder. Alle paar Tage wiederholten sich Ausfälle des Computersystems, so daß alle während eines Tages über den Bildschirm eingegebenen Texte weg waren. Die Redakteure mußten dann teilweise in Nachtarbeit unter Zeitdruck die Texte neu schreiben, wodurch Arbeitszeiten von 14 Stunden zustande kamen. Der Chefredakteur Rudolf Bernhard, der seine Redakteure zu dem einstündigen Warnstreik aufgerufen hatte, schied einige Wochen später – wie die Geschäftsführung mitteilte – „im Einvernehmen“ mit dem Verlag aus den STUTTGARTER NACHRICHTEN aus.

(TSP, NEUE)